60 Jahre Bundeskartellamt

"Wettbewerb ist wichtig für den Verbraucher"

Datum: 15.01.2018 08:00 Uhr

Aktuell nimmt sich das Kartellamt Facebook vor - aktiv ist es schon seit 60 Jahren. Am Ende immer zugunsten der Verbraucher, sagt Präsident Andreas Mundt im Interview mit heute.de.

Das Kartellamt nimmt sich Facebook vor. Quelle: Jens Büttner/dpa-Zentralbild/dpa

heute.de: Herr Mundt, wie sähe die deutsche Wirtschaft ohne Bundeskartellamt aus?

Andreas Mundt: Die Preise wären höher, die Qualität von Produkten und Dienstleistungen schlechter, die Verbraucher wären marktmächtigen Unternehmen schutzlos ausgeliefert und wir hätten wesentlich weniger Innovation. Dass Deutschland in so vielen Bereichen Weltmarktführer ist, hängt sicherlich auch mit dem sehr starken Wettbewerb zusammen. Wer es schafft, sich in Deutschland zu behaupten, der hat auch auf den Weltmärkten gute Chancen. Dagegen galt Deutschland im frühen 20. Jahrhundert als das Land der Kartelle. Es gab keine Aufsicht über marktbeherrschende Unternehmen.

heute.de: Haben es deutsche Unternehmen im Vergleich zu großen Wettbewerbern in den USA aus kartellrechtlicher Sicht leichter oder schwerer?

Mundt: Generell lässt sich das nicht ausmachen. Die Systeme unterscheiden sich. Beispielsweise sind in den USA Kartellvergehen, anders als bei uns in Deutschland, strafbar. Die durchschnittliche Gefängnisstrafe für die Beteiligung an einem Kartell beträgt in den USA 24 Monate Gefängnis. Verglichen damit ist Deutschland weniger streng. Dafür schauen wir vielleicht in anderen Bereichen genauer hin, wie aktuell in der Digitalwirtschaft.

Andreas Mundt ist seit 2010 Präsident des Bundeskartellamtes. Der Jurist arbeitete zunächst als Referent im Bundeswirtschaftsministerium und später in der Bundestagsfraktion der FDP. 1999 wechselte Mundt zum Bundeskartellamt.

heute.de: Halten Sie auch in Deutschland Haftstrafen bei kartellrechtlichen Verstößen für sinnvoll?

Mundt: Nein, wir erzielen ja auch mit unserem System eine hinreichend abschreckende Wirkung. Die verhängten Strafen können Hunderte von Millionen Euro hoch sein. Zudem können die Manager, die in einem Kartell verstrickt sind, hohe Geldstrafen bekommen. Das reicht bis zu einem Jahresnettogehalt von einer Million Euro. Dazu kommt der Reputationsschaden. Außerdem drohen den Unternehmen im Nachgang regelmäßig zivilrechtliche Schadenersatzforderungen.

heute.de: Welcher Fall in den vergangenen 60 Jahren war für die deutsche Wirtschaft besonders wichtig?

Als Behörde schauen wir in den Maschinenraum der digitalen Wirtschaft und beleuchten den engen Zusammenhang zwischen Datenerhebung und wirtschaftlicher Macht.

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts

Mundt: Mir fallen dazu Fälle ein, die aus kartellrechtlicher Sicht spektakulär waren, die aber heute kaum noch jemand kennt. Etwa die langlaufenden Gaslieferverträge, die wir nach der Energieliberalisierung vorgefunden hatten. Der Bezug von Energie und Gas war liberalisiert, aber wir trafen auf Stadtwerke, die mit den großen Unternehmen Verträge über 20 Jahre und länger eingegangen waren. Wenn wir diese Lieferverträge nicht aufgebrochen hätten, dann wäre die Liberalisierung heute noch nicht angekommen.
In der Gegenwart denke ich an den Facebook-Fall. Als Behörde schauen wir in den Maschinenraum der digitalen Wirtschaft und beleuchten den engen Zusammenhang zwischen Datenerhebung und wirtschaftlicher Macht. Das sind Meilensteine für uns.

heute.de: Welche Branchen sind besonders anfällig für Absprachen und Marktmissbrauch?

Mundt: Mir fällt es schwer, ein Muster zu erkennen. Unternehmen in allen Sektoren sind anfällig, wenn sie sich höhere Margen erhoffen und glauben, nicht entdeckt zu werden.

heute.de: Welche Gefahren sind da, werden aber von der Öffentlichkeit nicht stark genug wahrgenommen?

Mundt: Ich habe manchmal die Sorge, dass in der Öffentlichkeit nicht hinreichend wahrgenommen wird, wie wichtig Wettbewerb für den Verbraucher ist. Verbraucher wähnen sich oft in Sicherheit und denken, da bin ich bei einem seriösen Unternehmen, da werde ich schon gut behandelt. Unsere Erfahrung ist: Ein Unternehmen behandelt Sie dann gut, wenn Sie als Verbraucher die Möglichkeit haben, zu einem anderen Unternehmen zu wechseln.

Das Interview führte Madeleine Nissen

Hintergrund

Die Fälle des Bundeskartellamtes

Die Schwerpunkte des Bundeskartellamts haben sich mit den Jahren gewandelt. Während ganz früher die Zement-Branche die Wächter in Atem hielt und sich eine Rekordstrafe von 400 Millionen Euro einfing, fielen in den Nullerjarhren vor allem Unternehmen aus der Energieversorgung negativ auf. In der jüngeren Vergangenheit waren es die Hersteller von Wurst oder Bier, gegen die die Behörde jeweils mehr als 300 Millionen Euro Strafe verhängte. Seit der digitalen Revolution haben die Kartellwächter insbesondere ein Auge auf Internet-Fälle, von denen sie zahlreiche in den zurückliegenden Jahren abgeschlossen haben. Unter anderem hat die Behörde gegen Amazon Marketplace und Hotelbuchungsportale erwirkt, dass die sogenannten Bestpreis-Klauseln aufgegeben wurden, die die Händler oder Hoteliers dazu verpflichteten, an keiner anderen Stelle günstigere Angebote machen zu dürfen. Das Bundeskartellamt ermittelt zudem gegen Facebook. Die Behörde geht dem Verdacht nach, dass Facebook durch etwaige Verstöße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften seine mögliche marktbeherrschende Stellung auf dem Markt für soziale Netzwerke missbraucht.

Die Arbeit des Bundeskartellamtes

Das Kartellamt erscheint verhältnismäßig klein, wenn man bedenkt, dass es mit 350 Leuten über die Wirtschaft in Deutschland wachen soll. Auf der anderen Seite hat die Behörde starke Befugnisse. Sie kann die Unternehmen befragen. Wenn sie nicht oder falsch antworten, bekommen sie Bußgelder. Zudem machen sich die Kartellwächter durch Nutzerumfragen und Markterhebungen ein Bild über die Branche.

Gegenwind für das Bundeskartellamt

Außerhalb der Internetwelt sorgte insbesondere die Edeka-Übernahme von Tengelmann für hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Vor allem deshalb, weil Sigmar Gabriel als damaliger Wirtschaftsminister seine Erlaubnis für die Übernahme gab, obwohl sich das Kartellamt dagegen ausgesprochen hatte. Mit seiner Ministererlaubnis setzte sich Gabriel für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein. Nach zähen Verhandlungen ist die Übernahme nun gelungen.

https://www.zdf.de/nachrichten/heute/interview-zu-60-jahre-kartellamt-100.html